
Presseinformation Nr. 1002

29. September 2005

FRICKE:
**Nächste Bundesregierung muss Real Estate Investment
Trusts (REITs) schnellstens realisieren!**

BERLIN. Zu den zwischen Fachbeamten der britischen und deutschen Finanzministerien ab Oktober angesetzten Gesprächen über die Probleme bei der Einführung von Real Estate Investment Trusts (REITs) in Deutschland und England, erklärt das Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, Otto FRICKE:

Angesichts des stetig steigenden Wettbewerbs auf dem Immobilienmarkt in Europa kann sich Deutschland keine weitere Verzögerung bei der Kapitalisierung der Immobilienwirtschaft leisten. Schon jetzt müssen wir in Deutschland zusehen, wie beispielsweise Frankreich in diesem Bereich davonzieht. Die immensen Chancen, die die Kapitalisierung des hiesigen Immobilienmarktes nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die geschundenen öffentlichen Haushalte bietet, dürfen nicht aufgrund überholter Besitzstandswahrung und Kleinstaaterei ungenutzt bleiben. Aufgrund des hierdurch zu erwartenden Investitionsschubs würde auch die Bauwirtschaft erheblich profitieren.

Zur Lösung des Problems von Steuerausfällen aufgrund bestehender Doppelbesteuerungsabkommen halte ich Überlegungen, wie das sogenannte "Trustvermögensmodell", bei dem die Vermögensbestände eines REIT wie bei einem Fond als Sondervermögen geführt werden, für überlegenswert. Der Vorteil bei diesem Modell läge darin, dass die Immobilienerträge dem Anleger nicht als Dividende, sondern als Ausschüttungen aus dem Sondervermögen zufließen und damit auch für ausländische Investoren in Deutschland zu versteuern wären.

Hier liegt aus meiner Sicht ein gangbarer Weg, über welchen übermäßige Steuerausfälle vermieden werden könnten. Das Wort "Immobilie" suggeriert zwar eine gewisse Unbeweglichkeit- in einer globalisierten Welt der freien Märkte gibt es eine solche Bedeutung jedoch nicht, weshalb wir schnell zu einer selbst bestimmten Öffnung des deutschen Marktes kommen müssen! Diese Öffnung des Marktes - das kann ich als Mitglied des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sagen - duldet im Interesse Deutschlands keinen weiteren Aufschub.

Verantwortlich:
ISABELLA PFAFF

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de